

**Protokoll
der 29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 13. Mai 2014, in dem Bürgerhaus Rodheim**

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 21:45 Uhr

Anwesende Stadtverordnete:	
CDU	FDP
Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
von Griesheim, Alexander	Dr. Hoffmann, Volker
Hafner, Annegret	
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	PIRATEN
Müller, Jasna	Welker, Helge
	Vom Magistrat waren anwesend:
Schnabel, Henrik <i>ab 20:30 Uhr</i>	Bürgermeister Alber, Thomas
	Erster Stadtrat Sill, Heinz
SPD	Stadtrat Kayacik, Haci
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Datz, Wolfgang	Stadtrat Schöniger, Arndt
Dietz, Eleonore	
Machalitzky, Jörg Jens	Abwesende Stadtverordnete
Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Moscherosch, Hans-Albert
	Pfeiffer, Kurt
	Wendt, Thomas
Zeidler, Reinhard	Roth, Beate
	See, Marco
FWG	See, Herbert
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Stengel, Christian
Metzger, Gerhard	Schön, Norbert
Soff, Walter	Abwesend vom Magistrat
	Stadtrat Blöcher, Gottfried
Bündnis90/Die Grünen	Stadträtin Dietrich, Petra
	Stadtrat Wenzel, Klaus
Quägber-Zehe, Betina	
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Schriftführer:
Topp, Andreas <i>ab 20:50 Uhr</i>	Kraus, Andreas
puR	Vertreter der Presse
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	
	ca. 10 Zuhörer
Wyrwoll, Herbert	

Eröffnung der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 05. Mai 2014 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Letztes Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 08. April 2014 wird ohne Änderungen angenommen:

Tagesordnung

Von Seiten des Ältestenrates wird vorgeschlagen, die TOPs 4 und 7 ohne Aussprache zu behandeln. Der Tagesordnungspunkt 10 „Antrag der CDU-Fraktion vom 28.02.2014, Stadtentwicklungsplan“ konnte in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, den 08. Mai 2014 wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden. Der TOP ist daher abzusetzen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Somit werde die Altpunkte 11 und 12 neu 10 und 11.

Dies wird von den Stadtverordneten so angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Jahresabschluss 2009
 - Entlastung des Magistrates
 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO
4. Maßnahmen zur 3. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2016
 - Spielplatz Oberwiese/Flächenreduzierung
5. Mensa-Erweiterungsbau an der Kapersburgschule
 - Abschluss eines Bau- und Nutzungsvertrages mit dem Wetteraukreis
 - Aufhebung des Haushaltssperrvermerkes
6. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.4.2014
 - Tag der Vereine und Organisationen
7. Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 02.05.2014
 - Erneute Beschlussfassung über die Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse
8. Antrag der FDP-Fraktion vom 11.01.2014 Wiedervorlage
 - Gleichberechtigtes Fördern von sozialen, sportlichen und kulturellen Aktivitäten
9. Antrag der CDU-Fraktion vom 17.2.2014 Wiedervorlage
 - Überprüfung der Verkehrssicherheit im Stadtgebiet
10. Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 2.3.2014 Wiedervorlage
 - Verkehrsberuhigung Rodheimer Straße, Nieder-Rosbach (L3352)
11. Anfrage der FWG-Fraktion vom 30.3.2014

- Neugestaltung des Nachttaxi-Angebots

Top 1 Mitteilungen

Bürgermeister Alber verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen. Er stellt die Mitteilungen bezüglich weiteren Renaturierungsmaßnahmen Lohgraben und den derzeitigen Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung kurz dar.

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 08. Mai 2014 getagt habe. In der Sitzung sind die TOPs „Mensa-Erweiterungsbau an der Kapersburgschule“, „Kindertagesstätten Satzung“, „Jahresabschluss 2009“ sowie „Berichtswesen nach § 28 GemHVO“ beraten worden. Der Tagesordnungspunkt „Stadtentwicklungsplan“ konnte in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden.

Frau Quägber-Zehe berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 06. Mai 2014 getagt habe. In der Sitzung habe der Ausschuss eingehend über die „Verkehrsberuhigung Rodheimer Straße“ beraten.

Top 2 Kleine Anfragen

Herr Jacobi (FDP) fragt nach dem Zeitpunkt der Einführung einer Straßenbeitragssatzung.

Herr Bürgermeister Alber teilt mit, dass im Juli die Stadtverordneten informiert und im zweiten Halbjahr die Umsetzung beginnen werde.

Herr Scholz (B`90 die Grünen) fragt nach dem diesjährigen Blütenfest.

1. Wie viele Karten wurden verkauft?
2. Wie hoch waren die Erlöse in Euro?
3. Wie hoch waren die Gesamtkosten des Blütenfestes?

Herr Bürgermeister Alber teilt mit, dass den Fraktionsvorsitzenden dies im Nachgang zur Sitzung mitgeteilt werde.

Herr Lamping (FWG) fragt nach den Verkehrssicherungsmaßnahmen bezüglich des neuen Kreisels an der Südumgehung, da sich dort die Unfälle häufen.

Herr Bürgermeister Alber erklärt, dass Hessen-Mobil zuständig ist. Nachbesserungsmaßnahmen, speziell eine bessere Sichtbarmachung des Kreisels, wurden bereits gefordert.

Herr Egerter (CDU) moniert die fehlende Berichterstattung bezüglich der Kosten zu Mission Olympic.

Herr Bürgermeister Alber teilt mit, dass die Premium Partner feststehen und ein Förderverein gegründet wurde.

Die Einnahmen durch Sponsoren liegen zurzeit bei 50.000 - 60.000 Euro und durch Spenden im fünfstelligen Bereich. Die Ausgaben liegen deutlich im kleinen Bereich.

Herr Bürgermeister Alber teilt weiterhin mit, dass mit den vorhandenen Finanzmittel die Veranstaltung ohne Defizit durchgeführt werden kann.

Detailfragen würden im Nachgang zur Sitzung beantwortet.

Top 3

Jahresabschluss 2009

- Entlastung des Magistrates

- Über- und außerplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO

Herr Scholz (B90/Die Grünen) weist darauf hin, dass die Haushaltsabschlüsse der Jahre 2010 bis 2012 zur Genehmigung des Haushaltes 2015 aufgestellt sein müssen.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den von der Revision geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2009. Die Vermögensrechnung schließt mit einer Bilanzsumme von 76.678.840,40 €. Der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung beträgt -1.935.658,36 €, er wird auf neue Rechnung vorgetragen. Dem Magistrat wird die Entlastung für den Jahresabschluss zum 31.12.2009 gemäß § 114 HGO erteilt.

Darüber hinaus beschließt die Stadtverordnetenversammlung die über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 100 HGO in Höhe von insgesamt 191.415,70 €.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**

Top 4

Maßnahmen zur 3. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2016

- Spielplatz Oberwiese/Flächenreduzierung

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem von der Verwaltung vorlegten Konzept zur Flächenreduzierung im Bereich des geplanten Spielplatzes im Neubaugebiet Oberwiese zu. Hierdurch lassen sich, ohne Änderung des Bebauungsplanes, durch Grundstücksverkäufe 21.600,- € sowie durch die Flächenreduzierung des geplanten Spielplatzgeländes von 1.102 m² auf 858 m² eine Reduzierung der Baukosten von ca. 22.000,- € erzielen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**

Top 5

Mensa-Erweiterungsbau an der Kapersburgschule

- Abschluss eines Bau- und Nutzungsvertrages mit dem Wetteraukreis

- Aufhebung des Haushaltssperrvermerkes

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

In Ergänzung des Haushaltsbegleitbeschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.02.2014 wird beschlossen:

Der Sperrvermerk zur Verpflichtungsermächtigung „Bau einer Mensa an der Kapersburgschule“ wird unter folgender Bedingung aufgehoben:

Das Kollegium / die Schulleitung legt ein Grobkonzept mit Zeitplan für die Einführung der Stufe 2 Ganztags schulbetreuung vor. Damit sieht die Stadtverordnetenversammlung die Voraussetzung für die Aufhebung des Sperrvermerkes als gegeben an.

- *Die mit Beschluss der STVV vom 29.01.2013 beschlossene Vereinbarung über den Bau, die Finanzierung, die künftigen Betriebskosten sowie die langfristige Nutzung der Anbaumaßnahme ist nach der Entwurfsfassung vom 20.11.2012 zeitnah abzuschließen.*
- *Die Stadt erwartet von der Kapersburgschule mit Inbetriebnahme der künftigen Mensa einschl. der Anbaumaßnahme die Bereitstellung von Ganztags schulplätzen in ausreichender Anzahl und Qualität für mindestens 2/3 der Grundschul kinder (damit rd. 180 bis 200 Plätze).*

Die Stadt stellt ab der Inbetriebnahme der Mensa im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten kommunale Mittel für ein ergänzendes Betreuungsschulangebot zur Verfügung, die Hortgruppen werden zeitgleich aufgelöst.

Herr Jacobi (FDP) sieht, dass alle Fraktionen sich für den Ausbau der Mensa einsetzen. Gibt zu bedenken, dass die Gelder durch die Aufschiebung verloren gehen könnten.

Die FDP-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

Die erste in dem Beschlussvorschlag eingerückte Passage vor dem ersten Spiegelstrich möge lauten:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich erneut zu dem Mensa-Erweiterungsbau an der Kapersburgschule. Der Sperrvermerk zur Verpflichtungsermächtigung wird unmittelbar aufgehoben, nachdem das Kollegium und die Schulkonferenz der Kapersburgschule ein pädagogisches und organisatorisches Konzept beschlossen haben, das die Anforderungen für eine Profilerweiterung zur Stufe 2 des Ganztagsangebotes erfüllt. Die Stadtverordnetenversammlung dankt Lehrer/innen und Eltern für ihr bisheriges Engagement und möglichst baldige Beschlussfassungen, damit die auch seitens des Wetteraukreises im Doppelhaushalt 2014/15 bereitgestellten finanziellen Mittel für den Mensa-Erweiterungsbau zügig eingesetzt werden können.

Herr Lamping (FWG) unterstützt den FDP Antrag.

Herr Egerter (CDU) vertraut auf die Kompetenz der Lehrerschaft und Eltern.

Die Frage kommt auf, ob die Gefahr besteht, dass der Wetteraukreis die Gelder an andere Kommunen verteilt?

Hierzu stellt Herr Jacobi (FDP) fest, dass im Kreishaushalt 850.000 € ausdrücklich 2014/15 für den Mensa-Erweiterungsbau an der Rosbacher Kapersburgschule eingestellt sind.

Herr Bürgermeister Alber empfiehlt dem Beschluss des Haupt- und Finanzausschuss zu folgen.

Herr Scholz empfindet den Beschluss des Haupt- und Finanzausschuss als Kompromiss. Er ist der Meinung, dass zur Aufhebung des Sperrvermerkes ein Konzept der Schule nötig erscheint.

Herr Jacobi problematisiert den Status der kommissarischen Schulleitung und ist der Meinung, dass ein belastbares Konzept der Schule für die Entwicklung zur erweiterten Ganztagsbetreuung auf freiwilliger Basis zunächst erforderlich ist. Er nennt als Negativbeispiel, dass trotz dortigen Mensabaus von der Schulkonferenz der Erich Kästner-Schule seit Jahren noch kein solches tragfähiges pädagogisches und organisatorisches Konzept verabschiedet ist.

Herr Egerter kritisiert, dass angeforderte Informationen bezüglich der Gelder des Wetteraukreises nicht eingeholt wurden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen (2 FDP, 3 FWG)
14 Nein-Stimmen (6 SPD, 2 puR, 6 CDU)
3 Stimmenthaltungen (1 Piraten, 2 Grüne)

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt im Anschluss über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen (2 FDP)

Top 6
Antrag der FDP-Fraktion vom 12.4.2014
-Tag der Vereine und Organisationen

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der FDP-Fraktion vor:

Mit städtischer Unterstützung wird jährlich im Wechsel zwischen den drei Stadtteilen ein „Tag der Vereine und Organisationen“ durchgeführt. Diese Veranstaltungen werden an einem Wochenendtag in der folgenden Reihenfolge in den Stadtteilen Nieder-Rosbach, Ober-Rosbach und Rodheim durchgeführt; die erste dieser Veranstaltungen findet 2015 in Nieder-Rosbach statt. Hierzu wird der Magistrat aufgefordert, die „Tage der Vereine und Organisationen“ durch das zur Verfügung stellen sowie Auf- und Abbauen von z.B. Veranstaltungshinweisen, Bühne, Tontechnik, Beleuchtung sowie Mülltonnen zu unterstützen. Die hiermit für die Kommune verbundenen Leistungen und finanziellen Aufwendungen sollen allerdings nicht über dem Förderniveau bisheriger Veranstaltungen liegen. Den Ortsbeiräten wird angeboten, dass diese als Veranstalter die Organisation und Werbung für „Tage der Vereine und Organisationen“ koordinieren.

Herr Dr. Hoffmann (FDP) begründet den Antrag damit, dass eine Integration von Neubürgern in Vereinen gut umsetzbar ist.

Herr Egerter (CDU) gibt zu bedenken, dass zunächst das Interesse der Vereine abgefragt werden sollte.

Frau Launhardt (puR) ergänzt, dass die Vereine ausgelastet scheinen und über diesen Antrag mitentscheiden sollten.

Herr Dr. Rathjens (SPD) schlägt vor, den Antrag wegen auch finanzieller Auswirkung im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten.

Dem wird in der Debatte widersprochen und Herr Jacobi (FDP) beantragt, den Antrag an die drei Ortsbeiräte zu überweisen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig angenommen**

Top 7
Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 02.05.2014
Erneute Beschlussfassung über die Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse

Die Vorsitzende teilt den Unmut der Fraktionen bezüglich des Widerspruchs des Bürgermeisters mit. Der vorherige Bürgermeister hatte die langjährige Gepflogenheit der kleinen Anfragen nie beanstandet.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Ältestenrat hat sich vor der Sitzung erneut mit der Geschäftsordnung befasst und schlägt folgende Änderungen vor:

§ 17 Anfragen

- (1) *Stadtverordnete sowie Fraktionen können zum Zwecke der Überwachung der Verwaltung schriftliche Anfragen i. S. v. § 50 Abs. 2 HGO an den Magistrat stellen. Die Anfragen sind entweder bei der oder dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder beim Magistrat einzureichen. Die oder der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung leitet die bei ihm eingehenden Anfragen innerhalb einer Frist von einer Woche an den Magistrat zur Beantwortung weiter. Der Magistrat beantwortet die Anfragen schriftlich oder mündlich in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Anfragen werden gemäß § 61 (1) HGO protokolliert. Der Fragestellerin oder dem Fragesteller sind zwei Zusatzfragen zu gestatten. Auf Antrag eines Stadtverordneten findet eine Aussprache über die Anfrage statt.*
- (4) *Kleine Anfragen können unmittelbar zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung nach dem Tagesordnungspunkt "Mitteilungen" an den Magistrat gestellt werden. Die Anfrage muss per E-Mail oder schriftlich am Tage der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bis 12 Uhr an den Bürgermeister bzw. die Verwaltung (Hauptamt) übermittelt worden sein. Jeder Fraktion steht eine Frage zu. Der Fragestellerin oder dem Fragesteller ist eine Zusatzfrage gestattet. Der Magistrat beantwortet die Anfragen schriftlich oder mündlich in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Anfragen werden gemäß § 61 (1) HGO protokolliert.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 8

Antrag der FDP-Fraktion vom 11.01.2014

Wiedervorlage

- Gleichberechtigtes Fördern von sozialen, sportlichen und kulturellen Aktivitäten

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 10. April 2014 mit dem Antrag der FDP-Fraktion beschäftigt und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschlussvorschlag vor:

Dem Haupt- und Finanzausschuss sind künftig jeweils zum Jahresende eine Auflistung der verausgabten Fördermittel zuzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 9

Antrag der CDU-Fraktion vom 17.2.2014

Wiedervorlage

- Überprüfung der Verkehrssicherheit im Stadtgebiet

Der Umwelt- und Planungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 25. März 2014 mit dem Antrag der CDU-Fraktion beschäftigt und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Verkehrswegesicherheit im Stadtgebiet zu überprüfen und die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an den erforderlichen Stellen zu realisieren, damit

ältere Menschen, Kinder und mobilitätseingeschränkte Menschen ohne Gefahr die Straßen überqueren können.

Die Ortsbeiräte und der Senioren- und Behindertenbeirat sind zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 10

**Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 2.3.2014 Wiedervorlage
- Verkehrsberuhigung Rodheimer Straße, Nieder-Rosbach (L3352)**

Der Umwelt- und Planungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 06. Mai 2014 mit dem Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion beschäftigt und schlägt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschlussvorschlag vor:

Im Rahmen der Verkehrssicherheit sollen Maßnahmen festgestellt werden, die zu einer Verlangsamung des Verkehrs in der Rodheimer Straße führen.

Insbesondere soll geprüft werden:

- *Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h*
- *Parkmarkierungen auf der Fahrbahn anbringen*
- *Dieselstraße als bevorzugte Straße ausweisen*
- *Einrichtung von Hindernissen auf der Rodheimer Straße (Pflanzkübel o.ä.)*
- *Hinweisschild am Kreisel auf Gewerbegebiet und Rewe*
- *Geschwindigkeitsabhängige Ampel in Ortsmitte einrichten*

Die Kosten sollen im Einzelnen dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 12

**Anfrage der FWG-Fraktion vom 30.3.2014
- Neugestaltung des Nachttaxi-Angebots**

Die Anfrage der FWG wird wie folgt beantwortet:

Welche Möglichkeiten bzgl. des Nachttaxis sieht der Magistrat im Hinblick auf

a) die Generierung höherer (bzw. überhaupt die Erzielung von) Fahrgasteinnahmen? (Viele Fahrgäste sind zahlungswillig und haben den entsprechenden Betrag schon in der Hand, werden vom Fahrer aber ignoriert!)

Hinsichtlich der Einnahmeerzielung besteht Bindung an die RMV-Tarifgestaltung. Insofern ist kein eigener Handlungsspielraum gegeben.

Aufgrund der Erläuterung zur Anfrage ist sie noch dahingehend zu interpretieren, dass es hier nicht nur um die Frage der Höhe der einzelnen Entgelte geht, sondern um den Hinweis, dass der Nachttaxi-Betreiber seinen vertraglichen Verpflichtungen insofern nicht nachkommt, dass Fahrkarten, die eigentlich durch sein Unternehmen verkauft werden müssten (sog. Notfahrkarten), nicht verkauft werden.

Es sei der Hinweis erlaubt, dass ein derartiges Vertragsverhältnis grundsätzlich auf einem gewissen Maß an Vertrauen beruht, dass die vertraglichen Verpflichtungen auch korrekt ausge-

führt werden. Eine ständige Kontrolle des Unternehmens im Fahrgast-Betrieb ist faktisch nicht möglich, da die Stadt als Betreiber der Linie keine Überprüfung vor Ort ausführen kann.

Der Unternehmer wurde nochmals auf seine vertraglichen Verpflichtungen hingewiesen und aufgefordert eine regelmäßige Fahrscheinkontrolle bei Einstieg der Fahrgäste durchzuführen.

Sollten weiterhin Unregelmäßigkeiten (z.B. die Ablehnung eines Entgeltes zur Fahrgastbeförderung) durch Dritte festgestellt werden, bittet die Verwaltung um Nennung konkreter Hinweise, d.h. um Namen und Adresse der zahlungswilligen Person sowie Tag und Uhrzeit des Vorfalls, damit eine Recherche möglich ist.

b) die Reduzierung des Defizits aus dem Betrieb der Linie unter Berücksichtigung der diskutierten Maßnahmen nach unserem Antrag aus dem Letzten Jahr?

Seit der Antragstellung der FWG vom 13.04.2013, das Nachttaxi-Angebot zu streichen, wurden verschiedene Gespräche mit der VGO geführt. Darüber hinaus erfolgte Anfang des Jahres in Zusammenarbeit mit der VGO die Erstellung einer Fahrgaststatistik.

Ergebnis der Gespräche:

- Die VGO hält am bisherigen Finanzierungsmodell (hälftige Kostentragung) fest. Eine Erhöhung der Kostenbeteiligung ist von Seiten der VGO nicht vorgesehen, da aus haushaltsrechtlichen Gründen keine weiteren finanziellen Mittel hierfür aufgewendet werden können.*
- Die VGO bietet an, die Betreiberfunktion der Linie FB 16 unter den bisherigen Konditionen (hälftige Kostenübernahme der Stadt) zu übernehmen. Dies hätte zwar voraussichtlich keine Reduzierung der Kosten zur Folge, aber in jedem Fall spart die Stadt den bislang betriebenen personellen Aufwand ein, der dann anderweitig genutzt werden könnte.*
- Für die Stadt Friedrichsdorf wird weiterhin kein Bedarf an der Linie erkannt. Eine Kostenbeteiligung ist nicht zu erwarten.*
- Die Fahrgaststatistik zeigt eine regelmäßige Nutzung des Nachttaxi-Angebots. Eine Umstellung auf Anruf-Sammel-Taxi-Betrieb (AST) wird entsprechend - auch von der VGO - als nicht sinnvoll erachtet, da sich dieses Konzept nur bei wenig nachgefragten Verbindungen rechnet.*

Ende der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.

Rosbach v.d.Höhe, den 19.05.2014



Regina Karehnke
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus
Schriftführer